



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Departement
für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)
Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL)
Sektion Vorratshaltung
Bernastrasse 28
3003 Bern

Übertragung von öffentlichen Aufgaben des Fachbereichs Energie der wirtschaftlichen Landesversorgung; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 18. August 2021 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zur Übertragung von öffentlichen Aufgaben des Fachbereichs Energie der wirtschaftlichen Landesversorgung Stellung zu nehmen. Gerne äussern wir uns wie folgt:

Verordnung über die Organisation zur Sicherstellung der wirtschaftlichen Landesversorgung im Bereich der Elektrizitätswirtschaft (VOEW; SR 531.35)

Der Urner Regierungsrat unterstützt die Massnahme, dass der Swissgrid AG die Aufgabe übertragen wird, ein Monitoringsystem für die wirtschaftliche Landesversorgung (WL) zu betreiben.

Begründung: Die Stromversorgungslücken in der Schweiz bestehen insbesondere im Winterhalbjahr, da dort mehr Elektrizität verbraucht und weniger produziert wird. Heute deckt die Schweiz diese Lücke mit Importen aus Deutschland und Frankreich. Deutschland will bis im Jahr 2022 aus der Kernkraft und bis im Jahr 2038 aus der Kohleverstromung aussteigen und Frankreich die Kernkraft zurückfahren. Die Stromversorgung der Schweiz wird dadurch vor Herausforderungen gestellt. Strombewirtschaftungsmassnahmen sollen den Ausgleich zwischen Produktion und Verbrauch sicherstellen

und damit Netzzusammenbrüche (Blackouts) vermeiden. Die Sicherstellung der Stromversorgung in der Schweiz liegt im besonderen Interesse der Kantone. Um die Auswirkungen von Strommangellagen zu reduzieren und Netzzusammenbrüche zu verhindern, ist eine umfassende und permanente Lageübersicht über die Stromversorgung und der Entwicklung im Bereich der Elektrizitätswirtschaft erforderlich. Dazu dient ein zuverlässiges Monitoringsystem mit dem die Swissgrid AG als nationale Netzgesellschaft die Eigenversorgungsfähigkeit der Schweiz analysiert und berechnet werden kann.

Verordnung über die Organisation zur Sicherstellung der wirtschaftlichen Landesversorgung im Bereich der Gaswirtschaft (VOGW)

Der Urner Regierungsrat befürwortet die Übertragung von öffentlichen Aufgaben an den Verband der Schweizerischen Gasindustrie (VSG) zwecks Vorbereitung von Massnahmen der WL in einer schweren Gasmangellage infolge von Marktstörungen. Der Urner Regierungsrat befürwortet zudem den Aufbau eines Monitoringsystems zur Beurteilung der Entwicklungen auf dem Gasmarkt. Darüber hinaus befürwortet er die Schaffung einer Stabsstelle Kriseninterventionsorganisation (KIO) beim Verband der Schweizerischen Gasindustrie und die Überwälzung der entsprechenden Kosten auf den Gaspreis mit Inkrafttreten des neuen Gasverordnungsgesetzes ab 2025 bzw. der empfohlenen Übergangslösung bis 2025.

Begründung: Erdgas spielt in der Energieversorgung eine bedeutende Rolle. Da die Schweiz keine eigenen Vorkommen besitzt, wird Erdgas zu 100 Prozent importiert. Trotz der Vorkehrungen der Erdgasbranche sind in der Schweiz vorübergehende Versorgungsengpässe nicht auszuschliessen. Ursächlich sind insbesondere Lieferkürzungen, Naturkatastrophen oder terroristische Anschläge. Die Anlage von Erdgaspflichtlager ist in der Schweiz nicht möglich oder macht wegen der hohen Kosten keinen Sinn. Zur Vorbereitung adäquater Massnahmen im Hinblick auf die Bewältigung von Gasmangellagen ist der VSG geeignet. Dessen Mitglieder stellen den Netzbetrieb sicher und verantworten über 95 Prozent des Gasimports.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 9. November 2021



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

Urban Camenzind

Roman Balli